www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77

Keine Zukunft für Parteien

Fridays for Future hat Bremens organisierte Politik ob ihres mangelnden Engagements vom Klimastreik am 20. September ausgeladen. Dabei findet sich die Regierung vorbildlich

Von **Jan Zier**

Die „Fridays for Future"-Bewegung (FFF) hatte alle Bremer Parteien vom Klimastreik am kommenden Freitag ausgeladen. Die Begründung: „Keine entspricht in ihren Forderungen dem wissenschaftlichen Konsens oder hat einen konkreten Plan, wie das 1,5-Grad-Ziel geschafft werden soll." Gemeint ist damit die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau – wie es das Pariser Klimaschutzabkommen als Ziel vorsieht.

Vertreter*innen von SPD, Grünen und der Linkspartei reagieren verwundert: In einem gemeinsamen Brief an FFF weisen die die Kritik zurück und weisen auf die „großen Gemeinsamkeiten" hin, die einander verbinde. „Ich finde es befremdlich, auch aus meinem Demokratieverständnis heraus, die Politik explizit auszuladen", sagt die grüne Umweltsenatorin Maike Schaefer auf Nachfrage der taz. Die grünen Landesparteichefs Alexandra Werwath und Hermann Kuhn etwa haben schon ihre Teilnahme an der Demo am 20. September angekündigt. Und auch die Linkspartei geht davon aus, „dass viele unserer Mitglieder sich an der Demonstration beteiligen werden". Einen eigenen Block werde man aber organisieren, sagt Landessprecher Felix Pithan – ein Zugeständnis an die Ausladung durch FFF. „Alleinvertretungsansprüche helfen uns nicht weiter", sagt die SPD-Landesvorsitzende Sascha Aulepp, die weiterhin „auch durch die Teilnahme an Großdemonstrationen" Überzeugungsarbeit für gesellschaftliche Mehrheiten leisten will.

Schaefer verweist darauf, dass Rot-Grün-Rot für seine klimapolitischen Ambitionen von anderer Seite durchaus gelobt worden sei, Pithan führt an, dass Bremen als erstes Bundesland eine Klimanotlage ausrufe, die Innenstadt autofrei und der Nahverkehr ausgebaut werde und die Energiesparmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden in der Stadt „massiv" vorangetrieben würden. Zugleich habe FFF Recht, „dass die bisher vereinbarten Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Emissionen so stark abzusenken, wie es das 1,5 Grad-Ziel erfordert", sagt Pithan.

In der offiziellen Antwort von Rot-Grün-Rot steht dagegen, man könne „natürlich unterschiedlicher Meinung sein", ob die vereinbarten Maßnahmen „konsequent genug" seien. Im Übrigen verweisen die drei Parteien darauf, dass im Koalitionsvertrag steht: „Wir bekennen uns" zu dem Ziel, die Erderwärmung „auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen".

Das wiederum reicht FFF bei Weitem nicht aus. Das sei „mal wieder eine viel zu ungenaue Formulierung", monieren die SprecherInnen von FFF: „Deutlich unter zwei Grad" ist kein „ambitionierter Klimaschutz." FFF „erwartet von einer progressiven rot-grün-roten Landesregierung" zumindest „Ambitionen" für eine „radikale sozial-ökologische Wende". Der Koalitionsvertrag gibt für Bremen das Ziel aus, bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 80 Prozent zu reduzieren. FFF findet das „unverantwortlich" – Bremen müsse „zumindest die Grüne Null schaffen".

Rot-Grün-Rot sieht schon in dem Betreff „Ausladung #AllefürsKlima" einen „bemerkenswerten Widerspruch". Die FFF-Aktivist*innen wollen den Vorwurf eines mangelhaften Demokratieverständnisses dagegen nicht gelten lassen: „Wir sehen einen weitaus größeren Widerspruch darin, dass ihr als Politiker*innen auf eine Demonstration gehen möchtet, die sich gegen eure eigene Klimapolitik richtet", antworten sie.

Im Gespräch miteinander bleibt man trotzdem: FFF lud unter anderem Umweltsenatorin Schaefer für den 23. September zu einer Podiumsdiskussion ein – und die hat auch zugesagt.

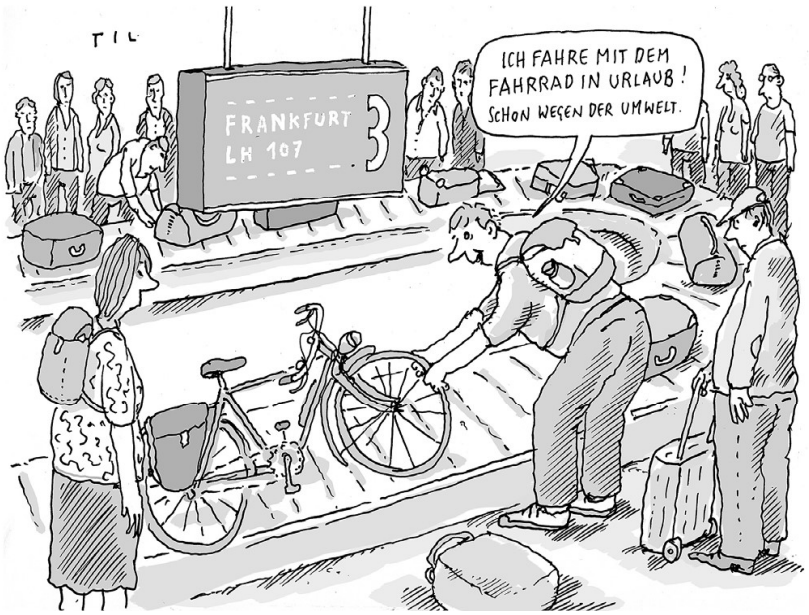
Forderungen for Future

Die **fünfzehn** Forderungen der Fridays for Future Bremen

1. Kohlekraftwerke **bis 2020 abschalten**!
2. **Dezentrale Solarenergienutzung** ausbauen!
3. Stahlwerke: ab 2025 **klimaneutral!**
4. Gebäude **klimaneutral bauen**, Altbauten bis 2030 modernisieren!
5. **Keine Flächen versiegeln!**
6. Bremen und Bremerhaven ab 2030 **autofrei**!
7. **ÖPNV** ab 2021 kostenlos machen!
8. Mittel für **Radverkehr** bis 2022 verfünffachen!
9. **Verbot von Flügen** von einer Distanz geringer als 600 Kilometer vom Airport Bremen!
10. Keine Subventionen für **tierische Produkte** in öffentlichen Küchen mehr!
11. Mit **Aktionen wie „Veggie-Tag"** oder „Fleischlose Wochen" über nachhaltige Ernährung aufklären!
12. Über Auswirkungen von **Lebensmittelverschwendung** aufklären!
13. **Wochenmärkte mit regionalen Produkten** fördern!
14. Die **Weser renaturieren**, Wälder aufwerten!
15. Klimakrise in die **Lehrpläne**!

Lieber unvereinnahmt: Klimaprotest Foto: Carmen Jaspersen/dpa

weltschmerz auf der hühnerleiter



das erfolgreiche-wetter

Mit bei 49 Konzerten 24.631 BesucherInnen, also 4.600 mehr als im Vorjahr, sei das dreiwöchige Bremer Musikfest ein Erfolg gewesen, stellen die Veranstalter fest. Zuwachs um 20 Prozent bedeuten auch die 6 Sonnenstunden bei 17 Grad

nachricht

Preis für Diss

Der Bremer Deutschlehrer Dieter Brand-Kruth erhält am Donnerstag für seine Doktorarbeit den mit 2.500 Euro dotierten „Lutz-Röhrich-Preis" der Märchen-Stiftung Walter Kahn. Brand-Kruth habe sich in seiner soziokulturellen Studie über die Bremer Stadtmusikanten eindrucksvoll mit dem Schwankmärchen auseinandergesetzt, teilte die in Unterfranken ansässige Stiftung mit. *(epd/taz)*

heute in bremen

„Wir können die City lebendiger gestalten"

Interview **Florian Fabozzi**

taz: Herr Saxe, wie sollen die Baumaßnahmen für eine autofreie Stadt 2030 finanziert werden?

Ralph Saxe: Wir erhoffen uns finanzielle Förderung vom Bund, wie wir sie schon für das Projekt „Fahrradroute Wallring" erhalten haben. Ansonsten werden wir die Kosten aus dem Haushalt finanzieren.

Was entgegnen Sie der Kritik des Steuerzahlerbundes, die Kosten für die Bauvorhaben würden den Steuerzahler*innen aufgebürdet?

Das ist lächerlich. Das Etat für die Verkehrspolitik wurde vom Parlament festgelegt und es herrscht in der Koalition Einigkeit darüber, dass wir verstärkt in umweltfreundliche Mobilität investieren müssen. Für das Erreichen der Klimaziele und der Aufwertung der Innenstadt ist das Projekt unverzichtbar, andernfalls erwarten uns Folgekosten, die viel höher sind als die für eine autofreie City.

Wie gehen Sie mit den Sorgen um, der innerstädtische Einzelhandel könne unter einer autofreien Innenstadt leiden?

Da ich selber zwei Geschäfte betreibe, kann ich die Sorgen nachvollziehen und nehme sie ernst. Bei dem Projekt müssen wir alle mitnehmen, Kaufleute wie auch die Handelskammer, und nichts von oben herab diktieren. Es reicht nicht, Schilder aufzustellen. Wir müssen die Aufenthaltsqualität der Innenstadt verbessern, denn das nützt auch dem Handel.

Wie soll das konkret gehen?

Derzeit ist die Innenstadt ab 20 Uhr wie ausgestorben. Wenn aber Verkehrsraum entfällt, können die freien Flächen für Veranstaltungen aller Art genutzt werden. Wir können die City lebendiger gestalten. So könnte auch das Gastronomieangebot attraktiver werden.

Wie unterstützen Sie die Menschen aus dem Bremer Umland und den Randgebieten, die auf das Auto angewiesen sind, um in die Innenstadt zu kommen?

Für die müssen wir außerhalb der erweiterten Innenstadt mehr Park-und-Ride-Plätze zu niedrigen Preisen schaffen. Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass alle mit dem Autofahren aufhören werden. Durch die attraktive Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel mit mehr Service und innovativer Logistik kann der City-Besuch bequemer und umweltfreundlicher werden.

Ihre Partei möchte ein 365-Euro-Jahresticket für Bus und Bahn, doch wieso geht es nicht ganz kostenlos?

Es ist von unserer Seite vorgesehen, die ÖPNV-Nutzung zumindest für Kinder und Sozialempfänger*innen kostenlos anzubieten. Das Ticket für Azubis und Schüler*innen wird günstiger. Wichtiger als die Preise ist für uns derzeit die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs. Der effektivste Anreiz, um vom Auto umzusteigen, ist eine Verbesserung der Taktung und des Komforts in Bahnen und Bussen. Ebenso sind mehr attraktive Haltestellen nötig.

Autofreie City 2030 – Diskussion, 19 Uhr, Markthalle Acht

Foto: Grüne HB

Ralph Saxe, 60, Weinhändler, ist Verkehrspolitiker der Bürgerschafts-Grünen.